

## Anfragen zum Plenum in der 17. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Hubert Aiwanger**  
(FREIE WÄHLER)

Nachdem Milchtankstellen bei Bauernhöfen sich zunehmender Beliebtheit bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern erfreuen, sie eine wichtige Einkommensalternative für viele Milchbauern darstellen und aktuell amtlicherseits die Betreiber der Milchtankstellen unter Verweis auf die Gesetzeslage der Mess- und Eichverordnung (MessEV) bzw. des Mess- und Eichgesetzes (MessEG) aufgefordert werden, ihre Milchtankstellen dahingehend nachzurüsten, dass sie technisch auch in der Lage sind, Kundenbelege für jeden gezapften Liter Milch auszudrucken, frage ich die Staatsregierung, ob ihr bewusst ist, dass die technische Umsetzung dieser Forderung auf den Bauernhöfen hohe Kosten für die Nachrüstungen der Milchtankstellen zur Folge hätte (bei älteren Geräten sogar die kostenintensive Anschaffung neuer Milchtankstellen oder die Aufgabe dieser Einkommensalternative), ob die Staatsregierung nicht auch der Meinung ist, dass es im Sinne von Verbrauchern und Milchbauern ist, möglichst viel Milch direkt ab Hof an den Kunden zu verkaufen und deshalb alles getan werden muss, die bewährte und vom Kunden akzeptierte Praxis des Verkaufs von Milch über Milchtankstellen ohne Belegausdruck und damit ohne Gerätenachrüstung beizubehalten, und wie steht die Staatsregierung zu dem Vorschlag, Milchtankstellen ab Hof von den gesetzlichen Bestimmungen des Mess- und Eichgesetzes auszunehmen, um die bewährte Praxis beibehalten zu können?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Möglichkeiten der Ausgestaltung auf Landesebene (Länderermächtigungen etc.) gibt es bei der neuen Düngeverordnung, welche spezifischen Regelungen plant Bayern und wie kann gewährleistet werden, dass in Hanglagen bzw. Berggebieten auch zukünftig organische Düngemittel ohne schwere und unfallträchtige Technik (z.B. Schleppschlauch) ausgebracht werden können?

**Inge Aures**  
(SPD)

Nachdem in meiner Anfrage zum Plenum vom 22. Februar 2017 (Drs. 17/15678) die Staatskanzlei betonte, dass das Arbeitsprogramm der letzten Sitzung der Bayerisch-Tschechischen Regierungskommission insgesamt 86 Projekte aus verschiedenen Be-

reichen enthält, frage ich die Staatsregierung, welcher konkrete Inhalt allen 86 Projekten aus der letzten Sitzung zugrunde liegt und wie der Stand der Umsetzung ist ?

**Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen sachlichen bzw. fachlichen Begründungen ist die Förderung für die Ertüchtigung bzw. Auflassung von Abwasserteichanlagen auf bestehende Einleitungen aus belüfteten und unbelüfteten Abwasserteichanlagen der Größenklasse 1, also nur bis 999 Einwohner, beschränkt?

**Margarete Bause**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist der Anteil der türkischen Doppel- bzw. Mehrstaatler an allen in Bayern lebenden Personen mit türkischem Migrationshintergrund, wie haben sich die Zahlen der Personen mit deutsch-türkischem Doppelpass in den letzten fünf Jahren entwickelt und wie viele davon sind minderjährig bzw. volljährig?

**Susann Biedefeld**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, sind laut Art. 5 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) – unter Berücksichtigung des Urteils des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 9. November 2016, Az. 6 B 15.2732 – alle bayerischen Kommunen gezwungen, eine Straßenausbaubeitragssatzung einzuführen, welche konkreten Kriterien muss eine Kommune erfüllen, damit sie nicht zur Einführung einer Straßenausbaubeitragssatzung verpflichtet ist, und kann die Staatsregierung Alternativen zur Finanzierung von Ortsstraßen anstelle der jetzt gültigen Rechtslage (Art. 5 KAG) aufzeigen (wie z.B. in Baden-Württemberg, wo der Bau bzw. die Sanierung von Ortsstraßen über allgemeine Steuermittel finanziert wird)?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Nachdem die Justiz gegen den ehemaligen Geschäftsführer der Firma Sieber Anklage erhoben hat, und der Verdacht besteht, dass bereits bei Eigenkontrollen des Unternehmens vor März 2016 grenzwertüberschreitende Listerienbelastungen gefunden wurden, die aber nicht gemeldet worden sein sollen, frage ich die Staatsregierung, bei welchen Eigenkontrollen der Firma Sieber (bitte unter Angabe des Datums, der Art des getesteten Produkts und der konkreten Listerienbelastung) vor März 2016 der Grenzwert für Listerien nach ihren Erkenntnissen überschritten worden sein könnte, wie viele amtliche Untersuchungen mit Probenahmen bei der Firma Sieber im Zeitraum von Januar 2012 bis Ende Februar 2016 stattgefunden haben (bitte mit Angabe des Datums und der Art der Probenahme) und zu welchem konkreten Ergebnis die Staatsregierung bei der vom Bayerischen Obersten Rechnungshof (ORH) in seinem bekannten Gutachten vom 12. Februar 2012 angeregten Überprüfung gekommen ist, ob private Labore zur unmittelbaren Meldung von positiven Befunden bei Eigenkontrollen an die Behörden verpflichtet werden können (siehe Seite 14 des ORH-Gutachtens zur Struktur und Organisation des amtlichen Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung)?

**Kerstin Celina**  
(GRU)

Nachdem dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege in der Sitzung vom 5. Juli 2016 über die Ergebnisse des „Runden Tisches – Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG)“ berichtet wurde,

frage ich die Staatsregierung, in welcher Weise die Ergebnisse des „Runden Tisches – PsychKHG“ seitdem konkret verwertet worden sind, um in einem Gesetzesentwurf eingebracht werden zu können, wie der geplante Zeitablauf aussieht, um einen Gesetzesentwurf – wie vorgesehen – noch in dieser Legislaturperiode verabschieden zu können und welche konkreten sachlichen Probleme einer Erarbeitung und letztlich einer Verabschiedung eines Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes in Bayern im Wege stehen?

**Dr. Hans Jürgen Fahn**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele voll- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte des Freistaates Bayern (umgerechnet in Vollzeit-äquivalente) sind im Schuljahr 2016/2017 an staatlichen Grund- und Mittelschulen tätig (bitte aufgliedern in Beamte, Angestellte insgesamt und davon unbefristet bzw. mit Supervvertrag und befristet) in absoluten Zahlen und wie sieht die relative Verteilung in Prozent aus (Beamte, Angestellte insgesamt, davon unbefristet bzw. mit Supervträgen und befristet) und wie viele Gymnasiallehrkräfte wurden hier jeweils (bitte analog aufgliedern wie oben genannt) eingesetzt?

**Günther Felbinger**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Möglichkeiten sieht sie, um durch bauliche Maßnahmen einer hohen Anzahl an Suizidversuchen an Autobahnbrücken wie denen der Autobahn A 7 im Bereich Marktbreit und Frickenhausen (15 vollendete Suizide und drei Suizidversuche in den letzten zehn Jahren) entgegenzuwirken und sieht die Staatsregierung es als moralische Verpflichtung an, hier in irgendeiner Weise selbst tätig zu werden, nachdem die Autobahndirektion Nordbayern in einer Antwort auf eine entsprechende Anfrage zuletzt u.a. darauf verwies, dass solche Maßnahmen nur dazu führen würden, dass sich die hohe Zahl von Suiziden dann an andere Orte verlagern würde?

**Prof. Dr. Peter Paul Gantzer**  
(SPD)

Nachdem bei einer Krankmeldung oder Dienstbefreiung von Tarifbeschäftigten bei der Bayerischen Polizei derzeit so verfahren wird, dass ab dem ersten Tag die wöchentliche Arbeitszeit auf 38,5 Stunden gekürzt wird, auch wenn man beispielsweise bei einer 48-Stunden-Woche nur eine 7-Stunden-Spätschicht nicht anwesend kann und die gestrichenen Stunden dann mittels Formblatt wieder beantragt werden müssen, frage ich die Staatsregierung, ist es richtig, dass bereits im Oktober 2016 beantragte Stunden bis heute noch nicht gutgeschrieben wurden und beabsichtigt die Staatsregierung an diesem Verfahren festzuhalten (bitte mit Begründung)?

**Thomas Gehring**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Grundschulen (prozentual und numerisch) haben jeweils in den beiden Schuljahren 2014/2015 und 2015/2016 von der Möglichkeit, das Zwischenzeugnis in den Jahrgangsstufen 1 bis 3 durch ein dokumentiertes Lernentwicklungsgespräch zu ersetzen, Gebrauch gemacht, wie bewertet die Staatsregierung den Einsatz von Lernentwicklungsgesprächen auch in Klasse 4 und wie schätzt sie die Prognosefähigkeit von Lernentwicklungsgesprächen ein?

**Eva Gottstein**  
(FREIE WÄHLER)

Bezugnehmend auf die Antwort der Staatsregierung auf die Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Peter Meyer vom 14. März 2017 (Drs. 17/16027) frage ich die Staatsregierung, welche Gründe gibt es dafür, dass die aktuellen Zahlen der bundesweiten Straßenverkehrszählung 2015 für Bundesstraßen, Staatsstraßen und Kreisstraßen in Bayern bisher nicht veröffentlicht wurden und hat die Staatsregierung etwas unternommen, um die noch fehlenden Hochrechnungsergebnisse zeitnah von der dafür zuständigen Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) zu erhalten?

**Martin Güll**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war die Summe im Haushalt der Stiftung Bayerische Gedenkstätten in den Jahren 2007 bis 2017 insgesamt, die für Reisekosten verausgabt wurde, wie hoch waren die Reisekosten, die für den Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten im gleichen Zeitraum persönlich verausgabt wurden und für welche Reisen des Stiftungsdirektors wurden sie in den Jahren 2007 bis 2017 verausgabt?

**Ludwig Hartmann**  
(GRU)

Nachdem in der Antwort der Staatsregierung auf meine Schriftliche Anfrage vom 30. November 2016 betreffend „Entwicklung und Finanzierung von Schneekanonen und Skiliften – Stand 2016“ (Drs. 17/15392) unter der Antwort auf Frage 8b seitens der Staatsregierung auf einen Veränderungsprozess im Wintersporttourismus, der durch Subventionen in den Einsatz von Beschneiungsanlagen volkswirtschaftlich verträglich zu gestalten sei, hingewiesen wurde, frage ich die Staatsregierung, wie durch immer mehr Beschneiungsanlagen und beschneite Fläche in Bayern „ein Veränderungsprozess im Wintersporttourismus“ gestaltet werden kann, warum vor diesem Hintergrund die Erlaubnisse zur Beschneigung auch für subventionierte Anlagen unbefristet vergeben werden und wie die Staatsregierung diesen von ihr benannten Veränderungsprozess charakterisiert?

**Dr. Leopold Herz**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ist ihr bekannt, wie viele Wölfe bzw. Wolfsrudel es in Bayern gibt (bitte auch Erfassungsmethode nennen), gedenkt Bayern den Schutzstatus für den Wolf zu verändern und gibt es derzeit bzw. zukünftig Präventionsmaßnahmen?

**Christine Kamm**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen wurde ein junger Afghane (23 Jahre), der als Minderjähriger in Deutschland Schutz suchte und seit fast sieben Jahren in Deutschland lebt, mit einer jungen Deutschen fest befreundet ist, seit Jahren fest angestellt seinen Lebensunterhalt selbst verdient und nie straffällig geworden ist, am 21. April 2017 aus der Arbeit in die Abschiebehafte nach Mühldorf verbracht und nicht – wie in anderen Bundesländern üblich –, über seine gesetzlichen Möglichkeiten aufgrund des Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung (§ 25a des Aufenthaltsgesetzes – AufenthG) informiert, welche Angaben der Personen, die von der zuständigen Behörde für die Sammelabschiebung am 24. April 2017 nach Afghanistan aus Bayern vorgesehen waren und damit abgeschoben sollten und am 24. April 2017 abgeschoben wurden, liegen der Staatsregierung jeweils vor (Name; Alter; Dauer des Aufent-

halts in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Abschiebung; Zeiträume, für die der Person ein Aufenthaltstitel erteilt war; rechtliche Möglichkeit zur Bleiberechtsgewährung nach einschlägigen Vorschriften des Aufenthaltsgesetzes; Datum eines etwaigen Asylantrages und Daten etwaiger Folgeanträge; rechtskräftige Verurteilungen der jeweiligen Person zu Straftaten mit Angabe der einschlägigen Strafvorschrift, der Art der Strafe, des Tatzeitpunktes und des Strafmaßes)?

**Annette Karl**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, im Rahmen welcher Förderprogramme sind Fördermittel in welcher Höhe und in welche konkreten Projekte in das Gebiet um das Riedberger Horn in den letzten zehn Jahren geflossen (bitte aufgeschlüsselt nach Fördergeldern der Europäischen Union, des Bundes und des Freistaates Bayern)?

**Dr. Herbert Kränzlein**  
(SPD)

Nachdem der Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, in der Haushaltsrechnung 2015 über den Einzelplan 03A die Ordnungsmäßigkeit der Verwaltungsführung nur eingeschränkt bestätigte, der Grund hierfür vom Polizeipräsidium Oberbayern Nord und erneut vom Polizeipräsidium München angezeigte Unregelmäßigkeiten waren und die Ermittlungen beim Polizeipräsidium Oberbayern Nord laut Prüfbericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs abgeschlossen sind, die beim Polizeipräsidium München jedoch noch laufen, frage ich die Staatsregierung, um welche Unregelmäßigkeiten es sich handelt und wie sie darauf reagiert hat?

**Nikolaus Kraus**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Rassegeflügel wurden aufgrund der Aufstallungspflicht und dem daraus resultierenden Platzmangel für diese Tiere gekeult, in wie vielen Fällen wurde in Bayern der H5N8-Virus bei Rassegeflügel nachgewiesen und warum hält die Staatsregierung an der Theorie fest, dass der H5N8-Virus alleinig durch Zugvögel übertragen wird, obwohl der Virus auch in hermetisch abgeriegelten Ställen aufgetreten ist?

**Ulrich Leiner**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Institutionen, Vereine und Verbände haben eine Stellungnahme zur Änderung des Alpenplans im Rahmen der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogrammes abgegeben (bitte aufschlüsseln nach positiven bzw. negativen Voten)?

**Andreas Lotte**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Flächen gehören dem Freistaat Bayern in der kreisfreien Stadt und im Landkreis Rosenheim und in welchem Umfang in Quadratmetern (bitte aufgeschlüsselt in bebaute und unbebaute Grundstücke)?

**Jürgen Mistol**  
(GRU)

Nachdem der Freistaat Bayern beim Transparenzranking im bundesweiten Vergleich den letzten Platz belegt, frage ich die Staatsregierung, inwiefern sie daraus Konsequenzen zur Verbesserung der Transparenz im Freistaat Bayern ziehen wird, ob sie vor diesem Hintergrund daran festhält, im Rahmen der geplanten Änderung des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes (GLkrWG) die Bekanntgaben von Tagesordnungen auf öffentliche Sitzungen zu beschränken, um damit die Transparenz weiter einzuschränken

und wie die Auffassung der Staatsregierung mit dem Bestreben vieler bayerischer Städte und Gemeinden weiterhin in Einklang zu bringen ist, Informationsfreiheitssatzungen zu erlassen, die über das Bayerische Datenschutzgesetz (BayDSG) hinausgehen und sich an den Informationsfreiheitsgesetzen anderer Bundesländer orientieren?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was unternimmt sie, um den mehrfach versprochenen, barrierefreien Ausbau des Bahnhofs Straubing zügig umzusetzen, nachdem der geplante Baubeginn nun an den Kosten des einzigen abgegebenen Angebotes scheitert und die Deutsche Bahn AG den Ausbau gestoppt hat?

**Alexander Muthmann**  
(FREIE WÄHLER)

Nachdem das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr mitgeteilt hat, dass für das zukünftige SEK-Trainingszentrum (SEK = Spezialeinsatzkommando) in Freyung bereits ein Lastenheft vorliegt und eine Arbeitsgruppe eingesetzt wurde, frage ich die Staatsregierung, bis wann mit der angekündigten Machbarkeitsstudie für den Standort Freyung zu rechnen ist und ob feststeht, welche im Lastenheft genannten Einrichtungen in Freyung realisiert werden können (bitte gegebenenfalls Zeitpunkt nennen)?

**Thomas Mütze**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schulpsychologinnen und -psychologen gibt es an den Berufsschulen aktuell (bitte nach Regierungsbezirken, Standorten und Sprechzeiten aufgliedern), wie möchte die Staatsregierung gegen die Verunsicherung unter den jungen Flüchtlingen und Asylbewerberinnen bzw. -bewerbern an den Berufsschulen, die von Arbeits-, Ausbildungsverboten und Abschiebungen bedroht sind, vorgehen und welche Möglichkeiten haben die Lehrkräfte neben der Hinzuziehung der Schulpsychologinnen und -psychologen an den Berufsschulen, um Hilfe bei der Bewältigung der Fragen und Probleme, mit denen junge Flüchtlinge und Asylbewerberinnen bzw. -bewerber zu kämpfen haben, zu bekommen?

**Verena Osgyan**  
(GRU)

Vor dem Hintergrund, dass laut dem Jahresbericht 2017 des Bayerischen Obersten Rechnungshofes (ORH) das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat (StMFLH) einen „vertraulichen IT-Gesamtplan“ führt, der nicht Bestandteil des Haushaltsplans ist, frage ich die Staatsregierung, warum der vom StMFLH geführte IT-Gesamtplan als „vertraulich“ eingestuft ist, welchen Inhalt der „vertrauliche IT-Gesamtplan“ hat (bitte die dort genannten IT-Planungen und IT-Vorhaben angeben) und weshalb die Staatsregierung dem Landtag nicht regelmäßig und umfassend über den IT-Einsatz in der Staatsverwaltung berichtet, wie es der ORH in seinem Jahresbericht 2017 fordert?

**Kathi Petersen**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Kulturlandschaftsinventarisierung, die im Steigerwald erfolgt ist und im März 2017 vorgestellt wurde, frage ich die Staatsregierung, ob sie die in der Inventarisierung vertretene Auffassung teilt, dass eine Bewerbung der Region für etwaige Kulturerbe-Titel aussichtsreich wäre, welche Konsequenzen sie generell aus der Inventarisierung für die Region zieht und wie sie das von ihr ursprünglich miteinbezogene Ziel Weltnaturerbe für den Steigerwald weiterverfolgt?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Nachdem der Forstinninger Gemeinderat im Jahr 2016 einstimmig beschlossen hat, zur Entlastung der Staatsstraße 2080 eine Umgehungsstraße durch den Ebersberger Forst zu bauen, frage ich die Staatsregierung, welche Zeitschiene ist nach dem aktuellen Stand hinsichtlich des Planfeststellungsverfahrens vorgesehen (bitte aufgeschlüsselt nach Planungsschritten), zu welchen Ergebnissen hinsichtlich der Verkehrsbelastung in den Forstinninger Ortsteilen Schwaberwegen und Moos kam die letzte Verkehrszählung (bitte aufgeschlüsselt nach Pkw und Lkw), und auf welche Anzahl an Pkw und Lkw stützt sich die aktuelle Planung der Umgehungsstraße durch den Ebersberger Forst?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die historische Rolle Kurt Eisners in der bayerischen und deutschen Demokratiegeschichte, welche Initiativen plant sie zur Erinnerung des ersten Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern zu dessen 150. Geburtstag am 14. Mai 2017 und welche Akzente will die Staatsregierung zum Gedenken Kurt Eisners künftig im öffentlichen Raum in Bayern setzen?

**Florian Ritter**  
(SPD)

Im Hinblick darauf, dass die Stadt Rosenheim als Sicherheitsbehörde – später in Eilverfahren nach § 80 Abs. 5 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) erfolgreich angegriffene – Meldeauflagen gegenüber potenziellen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der Stadt Rosenheim an Versammlungen gegen den am 22. April 2017 stattgefundenen Parteitag der AfD in Köln erteilt hat, frage ich die Staatsregierung, wie oft wurden in den letzten fünf Jahren von den Sicherheitsbehörden nach Art. 6 i.V.m. Art. 7 Abs. 2 des Landesstraf- und Ordnungsgesetzes (LStVG) Meldeauflagen gegenüber potenziellen Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Versammlungen erteilt, was waren die Gründe für die Erteilung der Meldeauflagen gegenüber diesen Personen und wie beurteilt die Staatsregierung grundsätzlich die Rechtmäßigkeit von Meldeauflagen gegenüber potenziellen Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Versammlungen im Hinblick darauf, dass wegen der Meldeauflagen diese Personen an der Ausübung ihres Grundrechts auf Versammlungsfreiheit gehindert werden?

**Bernhard Roos**  
(SPD)

Nachdem in der Sendung „quer“ des BR berichtet wurde, dass Binnen- und Seeschiffe fast ausschließlich mit Schweröl betrieben werden und weltweit mehr schädliche Abgasemissionen sämtlicher Arten – insbesondere Schwefel – ausstoßen als alle anderen Verkehrsträger zusammen, frage ich die Staatsregierung, ob dies so zutrifft, ob eine Initiative des Freistaates Bayern zur Substituierung des Schweröls mit umweltverträglichen Treibstoffen angedacht ist und ob die Ruß- und Feinstaubbelastung meiner Heimatstadt Passau durch den Schiffsverkehr auf der Donau signifikant beeinflusst ist?

**Georg Rosenthal**  
(SPD)

Nachdem der Freistaat Bayern bis 2024 die Festung Marienberg zu einem Fränkischen Landesmuseum umbauen möchte und dabei auch das ehemals eigenständige Fürstenbaumuseum mit seiner stadsgeschichtlichen Sammlung mit einbezogen werden soll, frage

ich die Staatsregierung, welchen Planungsstand die räumliche und inhaltliche Neukonzeptionierung unter dem neuen Gründungsdirektor und bereits vorgenommene Veränderungen in der Sammlung zwischenzeitlich erreicht haben (insbesondere die Ausarbeitung der stadtgeschichtlichen Abteilung), inwiefern die heimatgeschichtlichen Vereine aus Franken hierbei miteinbezogen wurden und welche Sammlungsstücke von überregionaler fränkischer Bedeutung gezeigt werden sollen?

**Harry Scheuenstuhl**  
(SPD)

Im Hinblick auf die Antwort des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration auf die Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Arif Taşdelen vom 14. März 2017 (Drs. 17/16027), dass Allgemeine Verwaltungsvorschriften zum Bayerischen Integrationsgesetz (BayIntG) im Sinne von umfassenden Verwaltungsvorschriften für alle im BayIntG enthaltenen Artikel nicht erforderlich sind, sondern die im Einzelnen zuständigen Staatsministerien im Bedarfsfall eigenständig tätig werden und ggfs. Verwaltungsvorschriften (VV) etc. erlassen, frage ich die Staatsregierung, ob bereits Verwaltungsvorschriften zu Art. 13 BayIntG (Achtung der Rechts- und Werteordnung) und Art. 14 BayIntG (Unterlaufen der verfassungsmäßigen Ordnung) erlassen worden sind und wenn ja, wie lautet der genaue Wortlaut der VV zu Art. 13 BayIntG und Art. 14 BayIntG und wenn nein, wann ist mit dem Erlass von VV zu Art. 13 BayIntG und 14 BayIntG zu rechnen?

**Gabi Schmidt**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Bodendenkmäler wurden in den vergangenen fünf Jahren gefunden bzw. gemeldet (bitte je Jahr und Regierungsbezirk), wie oft ist das Denkmal bzw. sind Teile davon ausgegraben worden und zu wie vielen Baustopps kam es wegen des Funds eines Bodendenkmals?

**Katharina Schulze**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Straftaten hat die Bayerische Polizei im Jahr 2016 im PMK-Phänomenbereich „PMK-rechts“ (PMK = Politisch motivierte Kriminalität) gegen Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger registriert, wie viele davon waren Gewaltdelikte und wie haben sich die Fallzahlen in diesem Phänomenbereich damit im Vergleich zum Jahr 2015 in Bayern entwickelt?

**Gisela Sengl**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wann und aus welchen Gründen wurde an der Technischen Universität München der Lehrstuhl für Tierethik abgeschafft und gibt es Pläne, diesen Lehrstuhl in Bayern wieder einzuführen?

**Kathrin Sonnenholzner**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist der barrierefreie Ausbau des Bahnhofs Hechendorf an der S 8 Bestandteil eines der entsprechenden Programme des Freistaates Bayern bzw. der Deutschen Bahn AG und bis wann sind der Beginn und die Fertigstellung des barrierefreien Ausbau des S-Bahnhofs Hechendorf geplant?

**Rosi Steinberger**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, kann bei einem größeren Straßenausbauvorhaben (Bundesstraße) ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden bzw. mit der Erstellung der Planfeststellungsunter-

lagen begonnen werden, wenn das Raumordnungsverfahren gerade erst begonnen hat, und wenn ja, unter welchen Umständen ist dies möglich?

**Martin Stümpfig**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit haben fremde Kommunen bei Flächenkäufen gegenüber Landwirten ein Vorkaufsrecht, gibt es Möglichkeiten (für die Kommune oder andere Behörden) den Kauf von Flächen durch andere Kommunen zu steuern und beispielsweise auf Kommunen aus der Region bzw. dem eigenen Landkreis zu beschränken und in welchen Fällen ist ein Landwirt, der bisher die Flächen von einer Kommune gepachtet hat, bei dem Verkauf an eine andere Kommune klageberechtigt bzw. zum Einspruch berechtigt?

**Dr. Karl Vetter**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wann ist mit der Fertigstellung der von ihr beauftragten Studie zur Verbesserung der Schieneninfrastruktur zwischen München und Prag zu rechnen, gibt es hierzu bereits ein Zwischenergebnis und wann wird, wie angekündigt, die vollständige Konzeption zum Bayerischen Aktionsprogramm für barrierefreie Stationsinfrastruktur 2021 (BABSI 21) veröffentlicht?

**Ruth Waldmann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, zu welchen Ergebnissen ist die erste Verhandlung im Hinblick auf eine patientenorientierte Lösung für die bestmögliche wohnortnahe medizinische Versorgung aller (insbesondere der erwachsenen) Mukoviszidose-Patientinnen und -Patienten mit bundesweiter Absicherung der Finanzierung gekommen, welche Schritte werden von der Staatsregierung unternommen, um eine Einigung voranzutreiben und welche Übergangslösungen sind möglich, die auch kurzfristig eine adäquate Versorgung der Patientinnen und Patienten sicherstellen, bis die konkrete Umsetzung des bereits gesetzten bundesgesetzgeberischen Rahmens durch die Selbstverwaltungspartnerinnen und -partner erfolgt?

**Dr. Paul Wengert**  
(SPD)

Im Hinblick auf die Anordnung einer elektronischen Aufenthaltsüberwachung (EAÜ) nach § 1 Nr. 12 des Gesetzentwurfs der Staatsregierung zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen (Drs. 17/16299) frage ich die Staatsregierung, wie viele praktische Anwendungsfälle der EAÜ nach dem geplanten neuen Art. 32a des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) es zur Zeit in Bayern gibt, mit wie vielen praktischen Anwendungsfällen der EAÜ die Staatsregierung nach Inkrafttreten des Art. 32a neu PAG rechnet und wer (Bayerisches Landeskriminalamt oder sonstige Stelle) die erhobenen Daten über den Aufenthaltsort der betroffenen Person sowie über etwaige Beeinträchtigungen der Datenerhebung verarbeitet?

**Johanna Werner-Muggendorfer**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird momentan die Styropor-Entsorgung in Bayern organisiert, wie sieht die Recycling-Quote für Styropor aus und welche Kosten entstehen für die Entsorgung von Styropor?

**Jutta Widmann**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, muss eine Kommune alle in einem Konzept für Baumaßnahmen enthaltenen Maßnahmen zusammengefasst ausschreiben oder nur jeweils nach einzeln anstehender Maßnahme und muss die Ausschreibung zwingend europaweit stattfinden, wenn die Kommune ein Konzept für Baumaßnahmen im Hinblick auf städtebauliche Förderung entwickelt, welches zwar alle notwendigen und wünschenswerten Maßnahmen umfasst, diese Baumaßnahmen aber einzeln, mit teilweise mehrjährigen Abständen dazwischen verwirklicht werden sollen?

**Margit Wild**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrkräfte in Bayern haben welche Zusatzausbildung oder -qualifikation im Bereich IT (bitte aufgeschlüsselt nach Schularten, Bezirken, Landkreisen und kreisfreien Städte)?

**Herbert Woerlein**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, auf welchem Stand befinden sich die Planungen zu den drei Flutpoldern an der Donau im Raum Schwaben bei Leipheim, Helmeringen und Neugeschüttwörth, welche Auswirkungen auf das Grundwasser wurden ermittelt und wie sehen die weiteren konkreten Planungsschritte bis zur Einleitung eines Raumordnungsverfahrens aus?

**Isabell Zacharias**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Honorarprofessuren gibt es an den bayerischen Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften, wie hoch ist der Frauenanteil an diesen Professuren (numerisch und in Prozentzahlen) und wie hoch ist der Frauenanteil an Honorarprofessuren im Bundesvergleich?

**Benno Zierer**  
(FREIE WÄHLER)

Nachdem der Staatsregierung im Rahmen der Behandlung einer Petition der Bürgerinitiative (BI) „Bahnausbau ohne Mauern, Brücken und Schranken“ im Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Wirtschaft des Landtags am 23. April 2015 aufgegeben wurde, auf die Errichtung eines Gremiums für eine angemessene Bürgerbeteiligung beim Bahnausbau München - Mühldorf - Freilassing hinzuwirken, frage ich die Staatsregierung, warum behandelt der Projektbeirat zur Bahnausbautrecke das Thema „Troglösung für die Stadt Dorfen“ nicht, warum werden keine Vertreterinnen und Vertreter der BI „Bahnausbau ohne Mauern, Brücken und Schranken“ zu den Sitzungen eingeladen und ist in naher Zukunft eine Sitzung zu o.g. Thema mit Beteiligung jener BI geplant?